

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.
Bezugspreis:
in Stettin monatlich 50 Pf., mit Botenlohn 70 Pf.,
in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Botenlohn 2 Mk.
Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neuen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Anzeigen Kirchplatz 10 und Kirchplatz 3.
Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten
Deutschlands: H. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Daube,
Invalidenten: Berlin Bernh. Arndt, Max Gersmann,
Eberfeld B. Thienel, Halle a. S. Jul. Bard & Co.
Hamburg William Witten. In Berlin, Hamburg und Frankfurt
a. M. Fein. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Die Palästina-Reise des Kaiserpaars.

hat den Oberhofmeister der Kaiserin Friedrich von Meiningen Gelegenheit zu einigen Vorträgen gegeben, von denen der erste am Mittwoch in Potsdam im Palais Barberini zum Besten verschiedener evangelischer Diakonissenanstalten stattfand und von der besten Gesellschaft besucht war. Wir alle standen, so berichtet nach der „Nat.-Ztg.“ Herr von Meiningen, bei dem Beginn der Reise unter dem Eindruck der Freveltat in Genf, und selbst diese fand ihre Sprecher. Die Umsturzelemente regten sich. Eine große Fülle von anonymen anarchischen Briefen und Stunkegebungen traf am Kaiserpaar ein. Man stellt fest, daß gefährliche Anarchisten nach dem Orient abgereist seien. Aber der Kaiser ließ sich durch nichts von seinen Reiseplänen abbringen, die in sorgfältiger Erwägung bereits auf jede Stunde festgelegt waren. Vor der Abreise veranlaßte das Kaiserpaar sein Gefolge an der stillen Gruft Kaiser Friedrichs und wir feierten dort zusammen das heilige Abendmahl. Bei der Abfahrt von Benedikt empfing der Kaiser an Bord der „Hohenzollern“ die ersten Despatches von der Heimreise einer Anarchistenbande in Port-Said, die sich nach Palästina hatte einschiffen wollen. Die Nachricht machte tiefen Eindruck. Es wurde wenig darüber gesprochen, aber jeder fühlte, daß das hohe Paar nicht allein von Menschen geschützt werden konnte, sondern daß der Schutz Gottes die Hauptsache ist. Diesen Gedanken gab der Oberhofprediger D. Dr. Dreyer einen ergreifenden Ausdruck. Die Marinekapelle spielte Chöre und der Kaiser verlas selbst die Liturgie. D. Dr. Dreyer predigte über den 91. Psalm: „Wer unter dem Schirm des Höchsten sitzt. . . .“ Ob tausend fallen zu Deiner Rechten und zehntausend zu Deiner Linken, so soll es doch Dich nicht treffen. Ich will ihn jähigen mit langem Leben und will ihm zeigen mein Heil.“ Endlich zeigte sich am Bosporus das alte, terrassenförmig aufgestaute Byzanz, überlagert von den Stupeln und Minarets der Moscheen. Einfach und allein fuhr die „Hohenzollern“ in stolzer langamer Fahrt in die Nähe des Warmbegräbnisses des Sultans. Wie ganz anders war diese Einfachheit, als die vor neun Jahren! Damals schaukelten tausende von Fahrzeugen um uns herum — heute war Alles still und leer. Mit eifriger Strenge waren weit hinten die Abwehrposten gezogen. Nur wenige Schiffe, u. a. auch die für den Empfang zurückgebliebene „Bohemia“, durfte sich in angemessener Entfernung aufhalten und sandten uns ihr begeistertes Willkommen. Das Kaiserpaar begab sich alsbald nach dem Palais. Am Eingang stand der Sultan, ein kleiner, zart aussehender Mann, umgeben von den höchsten Würdenträgern des Reiches, in glänzender Uniform. Das strenge Zeremoniell der Türken gab uns einen Eindruck, der uns tiefes, aber keineswegs unangenehmes Gefühl. Der glänzende Empfang spielte sich beim herrlichsten Wetter ab. Bei dem Mittagessen wurde nur von Gold gegessen. Auch die Tafelaufzüge waren von majestätischer Größe. Bei den Ausfahrten in die Stadt sahen wir durchaus nichts von dem für Konstantinopel sprichwörtlich gewordenen Schmutz, den Straßen, den jähelichten Hundst. u. i. v. Alle Straßen waren neu gepflastert, alle Häuser neu angestrichen, von oben bis unten geschmückt und alles ferngehalten, was das Auge des Reisenden und der Kaiserin irgendwie hätte beleidigen können. Es war ein Abwehrsystem, wie man es sich praktisch und schöner nicht denken kann. Wir erfahren, daß seit Wochen die ganze Stadt durchsucht worden, und daß jeder, der sich nicht ausweisen konnte, in das Innere Kleingefahrens geschickt worden war. Auch wurden Hunderte von Menschen während unserer Anwesenheit in den Stuben der Gefängnisse gut verpflegt.

Offenes Sendschreiben.

Das Januarheft der „Deutschen Revue“ veröffentlicht ein „Offenes Sendschreiben“ des berühmten Kieler Chirurgen Friedrich v. Eschschard in Sachen einer humanen Kriegsführung. Aus dem Schreiben heben wir das Folgende hervor. Antisepse ist die vom Jaren angeregte Friedenskonferenz führt Geh. Rat v. Eschschard aus, daß schon in absehbarer Zeit die Kriege aufhören werden, wozu wohl niemand zu hoffen. Unmögliches muß daher der Menschheit sich darauf beschränken, fort und fort dafür zu wirken, daß wenigstens die Grausamkeit des Krieges möglichst vermindert werde. Insbesondere aber haben die Ärzte ihre Bestrebungen darauf zu richten, daß die Vorbereitungen für die Pflege der Verwundeten und Kranken eines künftigen Krieges immer vollständiger und umfassender schon im Frieden getroffen werden. Die Ärzte haben ferner in erster Linie im Namen der Humanität ihre Stimme zu erheben, wenn die zur Anwendung kommenden Waffen und Geschosse über den Zweck, den Gegner kampfunfähig zu machen, hinaus darauf ausgehen, ihn zu verstümmeln. Die Bestimmung, das letztere geschehen könne, ist durch die neue Handfeuerwaffe nahe gerückt. Die jetzt bei fast allen europäischen Nationen eingeführten kleinfaltrigen Geschosse haben eine sehr hohe Anfangsgeschwindigkeit (640 Meter). Das dazu gehörige Projektil ist ein mit einem harten Metallmantel versehenes Bleigeschloß. Bei Verwendung solcher Projektilen ist die Durchschlagkraft des Geschosses eine bedeutende; noch auf 300 Meter Entfernung können drei bis vier hintereinander befindliche menschliche Körper glatt davon durchbohrt werden. Anders, wenn der Metallmantel an der Spitze entfernt wird. Dann ist das Resultat eine furchtbare Sprengwirkung in den Lungen und ganz besonders in den weichen Körpergeweben. Solche Geschosse, die sog. Dum-Dum-Kugeln (nach der Staatsfabrik Dum Dum bei Kalutta), haben die englischen Truppen in ihrem jüngsten Kriege in Zentral gegen die indischen Grenzstämme angewandt, und „wahrhaft grausame Wunden“ damit erzeugt, so daß die Geschosse, wie der englische Chirurg Davis meint, „in einem europäischen Kriege höchst wahrscheinlich verboten würden“. Die Verwendung solcher Geschosse mag vielleicht entsetzlich sein im Kampfe gegen fanatische Barbaren, welche unbekannt mit den Regeln des Völkerrechts, keine Schonung üben

und keine erwarten; es wäre aber aufs tiefste zu beklagen, wenn so grausame Zerstörungsmittel in europäischen Kriegen jemals zur Anwendung kommen sollten. Es mag bisweilen vorkommen, daß ein von einem Mantelgeschloß getroffener Soldat trotzdem noch weiter vorwärtstürmt, während er, von einem Bleigeschloß getroffen, allerdings zusammengebrochen sein würde. Solche Fälle können nicht ausreichen, ein Geschloß, das den Zweck, den Gegner kampfunfähig zu machen, in der weit überwiegenden Mehrzahl der Fälle erreicht, aufzugeben gegen ein andres, das ihn regelmäßig verstümmelt. Wenn die Friedenskonferenz von 1899 durch internationale Konventionen festsetzt, daß nur solche kleinfaltrige Bleigeschosse verwendet werden dürfen, welche entweder ganz oder mindestens an der Spitze mit einem Mantel aus hartem Metall versehen sind, so würde nach der Ansicht Professor Eschschards eine solche Festlegung ganz den edlen Absichten des erhabenen Einberufers und ganz den einmütigen Sympathien entsprechen, denen der Bekante des Jaren in der gesamten zivilisierten Welt begegnet ist. Und wenn die Vertreter der Mächte, der größten wie der kleinsten, in deren Hand es gelegt ist, dahin wirken wollten, daß der verwundete Soldat in jedem Falle gleichgültig einen schützenden Verband erhält, wenn sie ferner dahin wirken wollten, daß die Unverletzlichkeit des Roten Kreuzes jedem Soldaten in Fleisch und Blut übergehe, dann wird vielleicht die Konferenz des Jahres 1899 nicht den Erfolg haben, die Kriege überhaupt zu verhindern, aber trotzdem einen wichtigen Markstein bilden in der Geschichte der humanitären Bestrebungen der Völker.

Die Vorgänge in Frankreich.

Der geheime Dossier sollte, wie aus Paris telegraphisch gemeldet wird, gestern Nachmittag dem Stationschef mitgeteilt werden. Nachdem die Generale des großen französischen Generalstabs im Jola-Prozesse auf die angeblichen Gefahren hingewiesen hatten, die sich aus der Enttarnung der Aktenstücke für die internationalen Beziehungen Frankreichs ergeben müßten, hätte man größere Vorkehrungen treffen müssen, um die Verheimlichung des Dokuments zu bewahren. Eine feierliche Prozedur der Generale mit dem ihnen befreundeten Jesuitenpater Dulac an der Spitze. Nach der Sitzung der Regierung und der Militärbehörde getroffen Vereinbarung soll Hauptmann Guignot, der Offizier, der die Fälschung des Geheimnisses im Jola-Prozesse entdeckt, dem Geheimdossier nach dem Justizpalaste bringen, dort zur Verfügung der Staatsanwaltschaft für Aufklärungen bleiben und des Abends regelmäßig die kassierten Papiere nach dem Kriegsministerium zurückbringen. Es bedurfte erst der Unterbrechung zwischen dem Ministerpräsidenten Dupuy und dem Präsidenten des Kassationshofes Loew, die über zwei Stunden dauerte, um die letzten Vorkehrungen, die der Mitteilung entgegenstanden, zu befeitigen. Der Kassationshof seine Nachforschungen fortsetzt, ohne sich auch nur im Geringsten durch die heftigen Angriffe der neobourgeoisierten Organe beirren zu lassen, wird nunmehr die Unbefangenheit der Mitglieder der Kassationshofes der Kassationshofes verdächtig. Insbesondere soll der Berichterstatter Bard mit dem Obersten Piquart in diesem Zusammenhang verhandelt haben. Der „nationalistische“ Deputierte Lachet theilt denn auch bereits dem Präsidenten der Kammer, Deschanel, seine Ansicht mit, die Regierung sofort beim Wiederauftritt der Deputiertenkammer über den Zwischenfall Bard-Piquart zu intervenieren. Auf Anwendung des Justizministeriums Leber schreibt jetzt der erste Präsident des Kassationshofes Mageau zu einer halbamtlichen Untersuchung des Falles Bard-Piquart. Mit der Begründung der Anklage gegen Piquart muß es jedenfalls sehr schlecht stehen, wenn selbst die Richter des höchsten Gerichtshofes in dieser Weise verdächtig werden. Nur die Armee soll in allen ihren Angehörigen nach wie vor unverwundlich sein und die Operationen für den Fälscher Obersten Piquart dauern fort. Bezeichnend ist in Bezug auf den Fälschungsfall, der trotz des Jastros der Generale de Boisdeffre, Gonse und Pellens mit der Armee getrieben wird, eine telegraphisch gemeldete Ansprache des Präsidenten der Republik. Präsident Faure beschloß gestern Vormittag die „École supérieure de guerre“, wozu verschiedene Lehramt und dem künftigen Unterricht bei und veranlaßte Johann Lehrer und Schüler um sich. Präsident Faure dankte ihnen im Namen des Vaterlandes für ihre Hingebung und ihre Arbeit, welche zum Ziele habe, die Armee auf die Höhe aller Hoffnungen Frankreichs zu bringen. Casimir Perier erklärte dem Kassationshof, daß er während seiner Präsidentschaft niemals etwas von einem „Gefährdungsfall“ gehört habe.

Der Zwischenfall Bard-Beaurepaire wird in Kassationshofkreisen als leerer Klatsch bezeichnet. Da Piquart sich hartnäckig weigert, ein Freilassungsgesuch an das Kriegsgericht zu stellen, werden bei der Kammerverhandlung die Sozialisten eine heftige Interpellation einbringen.

Nach einer Meldung aus Rotterdam lebt dort Oberstzahn in größtem Glend; seine einzige Geliebte ist seine Geliebte Marguerite Paps. Oberstzahn gab die Absicht kund, sich nach New-York einzuschiffen.

Aus dem Reiche.

Rechtsanwalt Dr. Sommer, der von 1874 bis 1881 als Reichsgerichtsrat den Ehrendienst bekleidete, ist, 75 Jahre alt, in Erfurt gestorben. — In Leipzig ist unter dem 23. Jaren gestorben. Er war ein Enkel des letzten Kurfürsten von Sachsen, auf dessen Nachkommenschaft man durch die Werbung des Todesfalls wieder hingewiesen wird. Der Kurfürst Friedrich Wilhelm vermählte sich als Kurprinz mit der gebürtigen Gräfin Gertrud Lehmann, geborene Tattenstein. Diese wurde zunächst zur Gräfin von Schaumburg, dann zur Fürstin von Hanau ernannt. Die Kinder sollten gleichfalls beide Titel führen, deren Nachkommen aber den Fürstentum und Prinzen titel nur, wenn sie von „mindestens gräflich geborenen Gemahlinnen“ abstammten. Von den fünf Söhnen des Kurfürsten haben nur zwei gräflich geborene Gemahlinnen ehekoren, und die übrigen beiden sind kinderlos.

Ein dritter Sohn ist unvermählt, und die beiden letzten haben bürgerliche Gemahlinnen genommen, so daß deren Nachkommen auf den Prinzen titel verzichten und sich mit dem gräflichen Namen Schaumburg begnügen müssen. Die einzige noch lebende Tochter des letzten Kurfürsten war mit dem Prinzen Wilhelm von Hessen-Philippsthal-Barchfeld vermählt, wurde aber von ihm geschieden und erhielt einige Jahre später vom Könige von Preußen den Namen als Prinzessin von Arbed. Prinzen und Prinzessinnen von Arbed nennen sich auch ihre Kinder. Der jetzt verstorbene Graf von Schaumburg war ein Sohn des Prinzen Philipp von Hanau, des jüngsten Sohnes des Kurfürsten. — Zum Tode des Obersten Piquart. — Der Oberste Piquart wird aus Potsdam noch mitgeteilt, daß der sonst kräftige Mann vor seiner Reise nach Süd-Deutschland noch weite Spaziergänge in Potsdams Umgebung gemacht hatte. Auf der Reise aber hatte er sich eine starke Erkältung zugezogen, die zu einer Nerven- und Herzdepression ausartete. Sofort nach seiner Rückkehr mußte Herr von Piquart das Bett aufsuchen. Oberstabsarzt Dr. Meibell vom 3. Garde-Infanterie-Regiment, der hinzugezogen wurde, sah von vornherein die Krankheit als sehr gefährlich an, hoffte aber, daß die gute Natur des Patienten sie überwinden würde. Am Mittwoch Abend, nachdem die auswärtigen Familienmitglieder telegraphisch herbeigerufen worden waren, konnte aber der Arzt nur noch wenig Hoffnung auf Erhaltung des Lebens des Kranken machen. Herr von Piquart litt heftige Schmerzen und athmete schwer, und als der neue Tag zu grauen begann, stieß der Kranke seinen letzten Seufzer aus. Er hinterließ eine zahlreiche Familie; von seinen zehn Kindern sind zwei Söhne Marineoffiziere, ein Sohn dient gegenwärtig beim Garde-Jägerbataillon als Einjährig-Freiwilliger, vier Kinder gehen noch zur Schule in Potsdam, drei Töchter sind erwachsen. — Während der geistigen Stadtverordnetenversammlung in Posen ergriff Oberlandesgerichts-Präsident Dr. Gruczenski, richtete eine Ansprache an die städtischen Körperschaften und überreichte im Auftrage des deutschen Juristentages als Geschenk zur Erinnerung an den im September in Posen abgehaltenen Juristentag eine größere Büste des Ministers Freiherrn von Stein, die im Stadtvorordneten-Sitzungs-Saal aufgestellt werden soll. — In Leipzig traten am Donnerstag die bedeutenden Fabrikanten in Zugversetzen zusammen und trafen Vereinbarung über eine Erhöhung der Preise, insonderem gegen das Schleudern der Waarenhäuser in diesem Artikel Front zu machen.

— Dem Bürgermeister von Gronau hat der Regierungspräsident folgende Verfügung zugehen lassen: „Die gegen Sie gerichteten Preisgriffe geben mir Veranlassung, Ihnen meine Anerkennung dafür auszusprechen, daß Sie bei den Ausweisungen niederländischer Staatsangehöriger in keinem Falle von den Gesetzen und den städtischen Anordnungen abgewichen sind, und daß Sie es verstanden haben, ohne unnötige Härten die preussischen Staatsinteressen der ausländischen Einwanderung gegenüber in energischer Weise zu wahren.“ — Einer Anregung, die aus den Kreisen der Gewerbetreibenden stammt, hat das städtische städtische Amt in Stuttgart Folge gegeben und eine umfassende Erhebung angestellt über die Zahl und Art der in den größeren Städten Württembergs bestehenden öffentlichen oder Familieninstitutionen, aus welchen regelmäßige Unterweisungen für die Ausbildung junger Leute zu einem gewerblichen Beruf bewilligt werden, oder welche nach der ganzen Art ihrer Satzungen diesem Zwecke nutzbar gemacht werden können. Eine ziemlich große Anzahl solcher Anstalten und Stiftungen, gemeinhin „Lehrhelferinstitutionen“ genannt, bestehen schon von Alters her, andere sind erst in den letzten Jahrzehnten entstanden — zumeist durch freiwillige Vermächtnisse bedeutender Großindustrieller oder gelegentlich der Feier des fünfzigjährigen oder fünfzigjährigen Bestehens großer gewerblicher Unternehmen. Nicht bezeichnend dafür, daß schon in früheren Jahrhunderten der Frage der „Lehrhelferinstitutionen“ eine bedeutende Wichtigkeit beigemessen wurde, ist die Tatsache, daß die älteste derartige Stiftung aus dem Jahre 1693 stammt. Sie wurde in der damaligen freien Reichsstadt, heute durch ihre Maschinenindustrie, Webereien und andere Fabrikanlagen bekannt, Stadt Gillingen begründet, merkwürdigerweise hat sie bis heute nur eine ganz geringe Vergrößerung ihres Kapitals zu verzeichnen und steht unter den Klaffen der bedeutendsten Städte Württembergs deshalb an letzter Stelle. An erster Stelle steht Ulm, das in drei Stiftungen den größten Kapitalbetrag aufweist; es folgt Ulm mit sechs und dann erst Stuttgart, das zwar dreizehn Stiftungen besitzt, mit seinem darin aufgenommene Kapital aber hinter den beiden er genannten Städten zurückbleibt. Ludwigsburg und Ravensburg verfügen zu diesen Zwecken über je acht, Weilburg über sechs Stiftungen. Es bestehen insgesamt in den größeren württembergischen Industriestädten 56 Lehrhelferinstitutionen mit einem Kapital von zusammen 374 410 Mark.

Deutschland.

Berlin, 30. Dezember. Die radikalen Blätter geben sich viele Mühe, um aus der Aussage einiger Dänen aus Nordholsland eine große politische Staatsaktion zu machen, und geben sich sogar den Anschein, als wenn die Regierung sich vor der zerstörenden Diskussion dieser gewaltigen Frage fürchte. Die Blätter entdecken sogar aus der, wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ hört, gänzlich unbegründeten Vermutung, daß der Finanzminister beim Etat im Landtage die Frage behandeln werde, daß dies geschehe, weil dann aus dem Landtage nicht gleich die erforderliche Antwort gegeben werden könne. Die Blätter irren sich. Es wird der Staatsregierung nicht erwünscht sein, als den Gegnern der Nordregel zum Schut des Deutschthums in der Nordmark gegen den dänischen Uebermut und Terrorismus angebliche Gelegenheiten zu geben, die deutsche Politik der Regierung anzugreifen. Die Staatsregierung wird gern die Gelegenheit ergreifen, um die nötigen Aufklärungen zu geben. Sie ist sicher, daß die preussische Volksvertretung, wie die Deutschen Nordholslands, es längst getan haben, sich voll überzeugen wird, daß es die höchste Zeit war, gegen die morganisierte, auf die künftige Koexistenz gerichtete dänische

Agitation in preussischen Gebietsteilen fest einzuschreiten und das wankende Selbstgefühl der Deutschen sowie das Vertrauen auf die Unterstützung der Regierung wieder zu heben. Es wird in allen Fällen nützlich sein, wenn aus der Diskussion im Landtage die um ihre Nationalität kämpfenden Deutschen die Gewissheit erlangen, daß die Staatsregierung sich nicht irre machen und die dänischen Agitatoren nicht darüber in Zweifel zu lassen gewillt ist, daß sie in Preußen und nicht in Dänemark sind. Wenn eine gewalttätige Germanisierung der dänisch redenden Preußen der Staatsregierung selbstverständlich fern liegt und die dänisch redende Bevölkerung daher nicht den geringsten Grund zur Verunruhigung hat, ist die Regierung doch als Vertreterin eines deutschen Staates und als Trägerin der Verantwortlichkeit für dessen Sicherheit sich ihrer Pflicht bewußt, auch in Nordholsland den deutschen Bewohnern festen Boden zu ruhiger, friedlicher Entwicklung und freier Geltendmachung ihres Deutschthums zu verschaffen. Erst wenn es gelingt, die systematisch betriebene Agitation zurückzudrängen, wird die Grundlage für ein friedliches und nachbarschaftlich freundliches Leben und Streben beider nun einmal unzertrennlich verbundenen Bevölkerungsgruppen dauernd gelegt sein.

— Wie der „Pol. Korr.“ aus Rom telegraphisch wird, äußerte sich der Papst gegenüber dem neuen preussischen Gesandten Freiherrn von Notenhau außerordentlich befriedigt über die Beziehungen zwischen dem Vatikan und Deutschland.

— Zu der Frage der Besteuerung der Waarenhäuser bemerkt die Zentrumskorrespondenz: Ohne Zweifel sind die Einwendungen nicht einfach in den Wind zu schlagen. Zu betonen ist, daß sie nur das große reelle Geschäft im Auge haben. Es ist ja auch schon verschiedentlich gesagt worden, daß man die realen Geschäfte nicht treffen wolle, sondern die Papierschätze und ähnliche Waarenhäuser zweifelhafte Güter, deren Existenz man allgemein für fälschlich hält. Die kleinen Kaufleute, die über die Konkurrenz der großen Klagen, werden finden, daß die realen Waarenhäuser, wie z. B. Herzog in Berlin, mindestens ebenso vielen Schaden thun wie die „Papierschätze“, und deshalb jene nicht von der Steuer freilassen wollen. Und wie will man zwischen realen und unrealen Geschäften praktisch unterscheiden? Es giebt dafür doch kein für den Gesetzgeber brauchbares Merkmal! Der „Meißener“, der von der Steuer auf alle Großgeschäfte nichts hören mag, da es kein Verbrechen sei, sein Geschäft durch Fleiß und Thätigkeit zu einem großen emporzuarbeiten, und keine Steuer etwas nützen würde, will die „Anhangsgeschäfte“ und den Filialbetrieb rundweg verboten wissen. Unter „Anhangsgeschäften“ versteht er solche, in denen alle möglichen Waaren, die gar keine Verwandtschaft miteinander haben, verkauft werden. Aber wo bleiben die Offiziers- und Beamtenvereine, in denen Waarenhäuser Wein und Kaffee so gut zu haben sind, wie Teppiche und Kleiderstoffe? Diese Waarenhäuser machen, wenn irgend eines, dem kleinen Kaufmann Konkurrenz, weil sie reell und billig sind und einen starken Zuprud aus den Kreisen des Mittelstandes und des kleinen Mannes haben. Entnehmen doch Mitglieder große Mengen Waaren von ihnen zugleich für Freunde und Bekannte. Die konservativen Mittelstandspolitiker wollen aber die Offiziers- und Beamtenvereine unangefast lassen, wie sie auch große Neigung haben, die realen Großmagazine zu verschonen, weil ihre Zubehörer konservativ und keine Juden sind. Der kleine Kaufmann thut nach alledem gut, sich keinen Illusionen hinzugeben und namentlich nicht alles zu glauben, was ihm gewisse Mittelstandspolitiker von der Besteuerung der Waarenhäuser vorreden. Das Zentrum wird gewiß bereit sein, ihn nach Kräften gegen die Konkurrenz der Großen zu schützen, aber es kann ihm nicht versprochen, daß er durch die Sonderbesteuerung der Waarenhäuser aller Sorgen und Nöthe werde überhoben werden; das wäre Bauernfäng.

— Bei einer Maifeier im dritten Jahrtausend ergab sich — wie ein Velleiter im „Vorwärts“ mittheilt — ein „vergangenheitsfunktiger Greis“ seinen „jungen Freundinnen“ einiges über das Weihnachtsfest, welches „vor langen langen Jahren“ von den barbarischen Menschen, Deutsche genannt, gefeiert wurde. Aus dem haarsträubenden Wölbhörn, der den „Grossen“ behufs Verbeugung und Entschuldigens in dieser „Geschichte“ geboten wird, sei Folgendes wiedergegeben:

„Das war eben der Sinn des Festes: Zu reizen, ohne zu befriedigen, zu verheizen, ohne zu erfüllen, und die Lasten und Lasten des Daseins ins Grenzenlose zu steigern! Freilich, da gab es eine winzige Menge, denen nichts sich verweigerte. Sie waren die Besitzer des Geldes, und die tödtliche Arbeit der Millionen diente, ihr Dasein zu zieren. Sie konnten, soviel sie nur wollten, lauren, und sie besaßen den Reichtum, indem sie die geheimen Wünsche der Fremde entzückten. Das war ein fröhliches, lachendes Fest, gewesen, wenn nicht das harte Festgesetz von ihnen zugleich ein anderes Jahn gefordert hätte. Diese Herren des Geldes waren auch die Herrschenden in den Völkern, und ihre Religion gebot furchtbare Opfer. Sie zwangen den Menschen mörderische Waffen in die Hände und besetzten: „Tödtet Euch untereinander! Sie jagten die freien Gedanken der Menschen und drohen: Schweigt, oder wir schmieden Euch in Ketten! Sie schütteten prangende Früchte hoch auf und verachten die Herbeilebenden: Hungert! . . .“

Man sieht, wie sich die sozialdemokratische „Geschichtswissenschaft“ nach den Ansichten des „Vorwärts“ zu verhalten hätte! Sind denn aber die „Vorwärts“-Verleger solche Kindsköpfe, daß sie sich fortgesetzt derartigen Wölbhörn bieten lassen?

— Aus Johannesburg (Transvaal) gehen englischen Blättern unter dem 27. Dezember Berichte über die letzten Vorverhandlungen zu, welche portieff gefärbt sein mögen, trotzdem aber die Aufregung, welche dort herrscht, einigermaßen ersichtlich erscheinen lassen. Es wird darüber aus London berichtet: „Die allgemeinste Aufregung herrscht in Johannesburg und hat bereits zu bedauerlichen Szenen geführt. Für diese Vorverhandlungen aber ist diesmal nicht ein neuer englischer Uebergriff die Ursache, sondern die Faltung der Boeren-

Polizei, die längst Tadel verdient, nun aber sich geradezu verhasst gemacht hat. Ein Mann Namens Edgar rief in einer übelbeleuchteten Straße die Hilfe der Polizei in Anspruch; diese wurde ihm alsbald zu Theil, aber dabei wurde Edgar erschossen. Nach dem Berichte von Augenzeugen ist der Angreifer geschloß, der Mann Edgar aber in freudvoller Weise niedergeschossen worden. Die Polizei ließ auf den Unschuldigen des allgemeinen Unwillens hin den schuldigen Polizisten Namens Wendel Stephanus Jones verhaften. Schon am Abende desselben Tages erfuhr man, daß Jones wieder frei sei und zwar war er nur „wegen Körperverletzung“ angeklagt und gegen eine unbedeutende Kaution in Freiheit gesetzt worden. Da brach der lange verhaltene Unwille los. Die Polizei hatte sich in den letzten Wochen ausgezeichnet, nicht durch Bekämpfung der öffentlichen Unfuglichkeit, sondern durch Chikanen. Am Weihnachtsmorgen begaben sich die angehefteten Bürger und zwar englische und deutsche zum englischen Gesandten, um ihm die Sache vorzustellen und dringend um Abhilfe zu bitten. Darauf verlangte der Vizekonsul in einem sehr energischen Telegramme nach Pretoria sofortige ordnungsmäßige Erlebigung des Falles. Die Folge war die Wiedererhaftung des Polizisten Jones. Dieser wird jetzt wegen Todtschlages angeklagt werden.

Nachmittags fand eine Massenversammlung statt, in der sehr heftige Reden gehalten wurden und ein Beschluß zur Annahme kam in Gestalt einer Petition der englischen und indischen Bürger an die Königin Viktoria. Besonders wird in der Schrift betont, daß die Stadtpolizei Waffen tragen darf und ebenso die Boerenbevölkerung, während alle anderen Einwohner dieses Rechtes beraubt sind. Angesichts der häufigen Uebergriffe der Polizei, die sich damit begnügt, die englischen, namentlich aber die indischen Bürger zu chikanieren, wird um das Eingreifen der englischen Regierung gebeten. Darauf zogen etwa 2000 Personen durch die Stadt nach dem Konsulate. Unterwegs stellte sich dem Zuge auf Veranlassung eines Stadtbeamten eine kleine Polizeimacht entgegen und nun kam es zu einer großen Prügelei. Mehrere Polizisten gingen zu Boden, andererseits wurde einer Reihe von Herren der Freiwilligenarmee, die natürlich Festtagskleidung trugen, ihre Uniform böse zugerichtet. Der Skandal wurde nach einigen Minuten durch das Eingreifen der Ordnungsbewahrer beendet. Der Konsul versprach die nötigen energischen Schritte zu thun. Das geschah alsbald, wie sich durch die Wiedererhaftung des Polizisten zeigte. Zugewiesen hat der Vertreter Englands auch erwirkt, daß der Witwe und dem Kinde des Erschossenen eine Entschädigung bezahlt wird. Außerdem ist beschloffen worden, die Maßregel betreffend die Indier bis auf Weiteres anzufügen. Das wirkt einigermaßen beruhigend. Die Indier sollten bis Neujahr ihre Wohnungen geräumt haben und gezwungen sein, im Negeviertel zu wohnen. Diese Bestimmung ist nun zunächst beseitigt und wir sind davor bewahrt, in diesen Tagen auch noch Kundgebungen der Indier zu erleben. Auch in den deutschen Kreisen herrscht eine wachsende Erbitterung über gewisse Maßnahmen und es wäre doch an der Zeit, wenn die Regierung des Präsidenten Krüger mit manchen aus gar sehr mittelalterlich anmutenden Einrichtungen ein Ende machte.

Die letzten Nachrichten aus Johannesburg, die bis Mittwoch Abend reichten, besagen: Abgesehen von einer Zeitungspolemik von großer Schärfe ist im Randgebiete alles ruhig. Das holländische Blatt „Boer“ bekräftigt die Möglichkeit eines Krieges zwischen England und Transvaal, und schlägt vor, im Falle des Ausbruchs der Feindseligkeiten die Frauen und Kinder aus der Stadt zu entfernen, diese selbst dem Erdbeben gleich zu machen und mit Ausnahme der Afrikaner-Bezirke in einen gewaltigen Schutthaufen zu verwandeln.

Italien.

Rom, 29. Dezember. Die „Agenzia Stefani“ meldet: Der König hat heute den Gnadenbefehl unterzeichnet, welcher sich auf alle Personen erstreckt, die wegen der Aufhebungen im Mai d. J. von Militär- oder Zivilgerichten verurtheilt worden sind, sofern die über sie verhängte Strafe nicht mehr als zwei Jahre Gefängnis beträgt. Ferner wird bei denjenigen Personen, welche zu einer höheren Freiheitsstrafe verurtheilt sind, letztere um zwei Jahre herabgesetzt. Für Frauen und mehr als 70 Jahre alte Greise sowie für Minderjährige unter 18 Jahren tritt entweder Straferlaß oder Herabminderung um 3 Jahre ein. Einige Kategorien einjähriger und anderer Personen sind von dem Gnadenbefehl ausgeschlossen. Man schätzt, daß ungefähr 700 von Militärgerichten Verurtheilte und 2000 von den Zivilgerichten Verurtheilte von dem Gnadenbefehl betroffen werden.

England.

London, 29. Dezember. Dem „Reuterischen Bureau“ wird aus Manila vom heutigen Tage gemeldet: Eine amerikanische Expedition unter dem Befehl des Generals Miller ist gestern in Ilo-Ilo eingetroffen. Nachdem die Spanier am Sonabend in Folge eines Uebereinkommens mit den Aufständischen den Platz geräumt haben, sind die letzteren am Montag in die Stadt eingezogen, haben sofort eine städtische Verwaltungsbehörde eingesetzt und Wachen aufgestellt, um das Eigentum der Ausländer zu schützen. Es herrscht vollständige Ruhe. Fünf Eingeborene sind in der Nacht wegen Plünderung erschossen worden. Ein neues Ministerium der Philippinen ist gebildet worden mit Mabini als Ministerpräsidenten und Minister des Auswärtigen.

Amerika.

Savanna, 29. Dezember. In der ersten Woche des Jansar werden kubanischen Soldaten wieder Aufzüge nach Veranlassungen unter freiem Himmel gestattet werden. Sollte Gomez versuchen, mit einem bewaffneten Gefolge die Stadt zu betreten, so wird er daran verhindert werden. Die Amerikaner werden nicht das Eintreten von Verhältnissen zulassen, welche Gewaltthatigkeiten begünstigen, und sind entschlossen, Ausschreitungen gegen Spanier, ob sie die Stadt verlassen oder dableiben, sowie die Plünderung spanischer Geschäfte zu verhindern.

